

**II-3271 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 1684 1J

1988 -02- 2 6

A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. BAUER, Dr. GUGERBAUER, HAIGERMOSER  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Einschränkung der Hausbeschautätigkeit der Zollämter

Die unterzeichneten Abgeordneten haben in ihrer Anfrage an den Herrn Finanzminister vom 22.10.1987, Nr. 1085/J, die Einschränkung der Hausbeschautätigkeit der Zollämter kritisiert und darauf verwiesen, daß die Hausbeschauen dem Fiskus einen Gewinn im Sinne der betriebswirtschaftlichen Kostenstellenrechnung erbringen. Der Herr Finanzminister hat in seiner Anfragebeantwortung vom 2.12.1987, Nr. 1093/AB, zwar einerseits darauf verwiesen, daß die Gegenüberstellung von Kommissionsgebühren und Vergütungen sowie Aufwandsentschädigungen im Abrechnungsmonat April 1987 einen Überschuß von über 2 Millionen Schilling ergeben hätte. Andererseits führt er aber am Ende seiner Beantwortung aus, daß eine andere Behandlung der Hausbeschauen im Rahmen der Sparpläne der Regierung auch "mit den Einsparungsbemühungen im Widerspruch stehen" würde.

Wenn auch die Schwierigkeiten einer direkten kostenstellenmäßigen Zuordnung verschiedener ergänzender Tätigkeiten sowie der Darstellung im geltenden Haushaltsrecht nicht verkannt werden sollen, erscheint den unterzeichneten Abgeordneten eine differenzierte Betrachtungsweise der Hausbeschautätigkeit jedenfalls gerechtfertigt. Die Hausbeschauen werden von der Zollverwaltung nämlich vor allem im Interesse der Wirtschaft an einer möglichst raschen und unbürokratischen Abwicklung durchgeführt. Der Finanzminister sollte die für diese Tätigkeit kostendeckenden Tarife ermitteln und über die Zollämter einheben, aber nicht die Hausbeschautätigkeit aus Kostengründen zum Schaden der Wirtschaft einschränken.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen nochmals die

## A n f r a g e :

1. Können Sie sich eine differenzierte Betrachtung der Hausbeschäftigung der Zollämter im Rahmen der Sparpläne der Bundesregierung vorstellen, wenn sie auf eine detaillierte Kostenstellenrechnung gestützt ist ?
2. Wenn nein, warum nicht ?
3. Welche Maßnahmen werden Sie sonst setzen, um eine möglichst reibungslose Zollabfertigung im Interesse der österreichischen Wirtschaft trotz Einschränkung der Hausbeschäftigung - Überstunden sicherzustellen ?